

## PROTOKOLL DER AKP-SITZUNG VOM 08.04.2016

Ort: Haus der Kantone in Bern, Speichergasse 6, 3011 Bern; Sitzungszimmer 082.

### TEILNEHMENDE:

Benjamin F. Brägger, Vorsitzender	Konkordatssekretär
Stefan Weiss	Präsident KLJV
Thomas Fritschi	Vizepräsident KLJV
Marcel Ruf	Präsident FKI
Sabine Uhlmann	Co-Präsidentin FKE
Beatrice Würsch	Präsidentin FKB
Dominik Lehner	Präsident KoFako
Michael Hafner	Leiter Vollzugsdienste und Bewährungshilfe AG, Gast für das Traktandum Electronic Monitoring
Gerhard Mann	Stv. Generalsekretär Sicherheitsdirektion BL, Gast für das Traktandum Electronic Monitoring
Esther Burkhalter	Referentin für das Traktandum Baufonds
Lea Truttmann	Protokoll

Beginn: 08h20

### 1. Begrüssung durch den Vorsitzenden

Entschuldigungen: Thomas Freytag. Der Vorsitzende begrüsst die Anwesenden herzlich zur Sitzung.

Die Traktandenliste wird ohne Änderungen genehmigt.

### 2. Genehmigung Protokoll der Sitzung vom 29.01.2016



Das Protokoll wird mit einer Änderung in Bezug auf den Versand der Protokolle genehmigt und verdankt.

Die Protokolle der AKP werden nach der Genehmigung auf der Homepage des Konkordats aufgeschaltet. Die Präsidenten der Fachkonferenzen können diese jedoch nach Erhalt und vor der formellen Genehmigung bereits an die Mitglieder der jeweiligen Fachkonferenzen informationshalber weiterleiten.

Die Präsidenten der Fachkonferenzen versenden die Protokolle ihrer Sitzungen selbständig, mit Kopie an den Konkordatssekretär, und an die Präsidenten der jeweiligen anderen Fachkonferenzen, um deren Mitglieder jeweils zu informieren. Nach erfolgter Genehmigung des Protokolls kann dieses dem Konkordatssekretariat zugestellt werden, um auf der Homepage des Konkordats aufgeschaltet zu werden.

### **3. Informationen des Vorsitzenden**

Es wird festgehalten, dass es sich beim Traktandum *Informationen des Vorsitzenden* nicht um Diskussionsgeschäfte handelt. Wünscht ein Mitglied der AKP zu einem dieser Punkte eine Diskussion, muss dies vorgängig an die Sitzung beim Konkordatssekretariat angemeldet werden.

#### **Organisationsreglement AKP**

Das Organisationsreglement der AKP wird mit der unter Ziff. 2 aufgeführten Änderung betreffend die Weiterleitung und Veröffentlichung der Protokolle genehmigt. Der Vorsitzende wird ermächtigt, dieses nach erfolgter Anpassung auf dem Internet aufzuschalten.

#### **Santé Prison Suisse (SPS): Mehrwert für die Praxis? Informationen von der Aussprache vom 24.03.2016**

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Sekretärenkonferenz in Zusammenarbeit mit der KKJPD eine Sitzung mit der Präsidentin und dem Sekretär von SPS durchgeführt hat, um den Auftrag und die Prioritäten für SPS zu schärfen. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Der Vorsitzende vertritt unser Konkordat, Marcel Ruf die FES in dieser Arbeitsgruppe.

In diesem Zusammenhang orientiert Thomas Fritschi die Anwesenden über die Problematik in Bezug auf die Krankenversicherung der Eingewiesenen, insbesondere das Nichtbezahlen von therapeutischen Leistungen für Insassen im stationären Massnahmenvollzug durch die Kassen. Es wird beschlossen, dass sich die Amtsleitersitzung KLJV NWI-CH im Herbst diesem Thema annehmen soll und es daraufhin gegebenenfalls in der AKP zu traktandieren sei.

#### **Rechnungstellung BEWA: Informationen aus der Sitzung vom 24.03.2016**

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Sitzung, zu welcher die Konkordatssekretäre vom Amt für Freiheitsentzug und Betreuung des Kantons Bern (nachfolgend Amt FB Bern) eingeladen worden sind und an welcher auch der TARMED-Verantwortliche des Inseleospitals Bern anwesend war, informativ gewesen sei. Die dort gezeigte PowerPoint-Präsentation wird den AKP-Mitgliedern übermittelt.

Der Vorsitzende orientiert die Anwesenden darüber, dass zwischen dem Amt FB BE und dem Inseleospital Bern ein Vertrag betreffend den Auftrag und der Kosten für die Hospitalisierung in der BEWA bestehe, der auch die Beziehung zu unserem Konkordat regle. Allerdings wurde diesbezüglich mit dem Konkordat bislang nie eine Abmachung getroffen.



Der Vorsitzende schlägt vor, die Thematik BEWA anlässlich der Herbstsitzung der Amtsleiter (KLJV NWI-CH) noch weiter zu diskutieren. Es stelle sich die Frage, ob die BEWA in das Konkordat einzubinden sei oder nicht.

Es wird beschlossen, dass im Herbst nach der Amtsleitersitzung entschieden wird, wie es diesbezüglich weitergehen soll.

#### **Einsetzung der AG Versorgung von psychisch kranken Straftätern**

Der Vorsitzende orientiert über die Zusammensetzung der AG und die Aufnahme der Arbeiten. Ein erster Bericht sollte der Konkordatskonferenz im November dieses Jahres vorgelegt werden.

#### **4. Electronic Monitoring**

Für die Diskussion über das Electronic Monitoring sind auch Gerhard Mann und Michael Hafner anwesend.

Der Zwischenbericht der Koordinationsgruppe EM wird am 14.04.2016 in der Plenarversammlung der KKJPD besprochen. Sofern dieser von den Regierungsvertretern angenommen wird, wird er im Anschluss an die 26 Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zugestellt. Es stellt sich die Frage, ob sich die Kantone unseres Konkordats der Übergangslösung von Zürich anschliessen wollen.

Nach einer ausführlichen Diskussion wird festgehalten, dass die Kantone wohl oder übel sich der Zürcher Lösung anschliessen müssten, da es bis zum Inkrafttreten der StGB-Revision am 01.01.2018 keine wirkliche Alternative gebe. Unser Konkordat wird somit in Bezug auf die Fragen der Technik und Informatik für die Einführung von EM nicht aktiv.

Der Vorsitzende gibt seinen Wissensstand in Bezug auf EM wieder: Der elektronisch überwachte Hausarrest funktioniere in den Versuchskantonen (sog. passive Überwachung) gut. Auch liessen sich sog. Bewegungsprofile von Personen herstellen. Eine zeitnahe oder gar *real time* Überwachung sei mit den heutigen technischen Mitteln jedoch nicht möglich. Weder die Frage der Einsatzzentrale im 24-Stunden-Betrieb noch die Fragen einer unverzüglichen Intervention nach Alarmierung seien bisher gelöst.

Michael Hafner vertritt die Ansicht, dass die Kantone im Konkordat eine gemeinsame Haltung in Bezug auf die sog. aktive Überwachung entwickeln sollten. Für diese Überwachungsform sollten die Kantone noch keine Verträge abschliessen. Der Vorsitzende unterstützt diese Meinung. In der Versuchsphase mit Zürich solle keine Aktivüberwachung, d.h. *real time* Überwachung, eingeführt werden, es sei nach heutigem Wissensstand keine nationale Zentrale gewollt. Diesbezügliche Diskussionen sollten über das Konkordat laufen.

Stefan Weiss ist der Meinung, dass es eine EM-Richtlinie brauche.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass in der AKP-Sitzung vom 06. Juni 2016 noch einmal der Stand der Kantone in Bezug auf die Frage des Anschlusses an die Zürcher Lösung erhoben werden soll. Zudem soll entschieden werden, wann es an der Zeit sein wird, sich intern im Konkordat über eine EM-Richtlinie zu unterhalten.

#### **Grundlagenpapier: Möglichkeiten und Grenzen von Electronic Monitoring (EM)**

Der Vorsitzende fragt die Teilnehmenden, ob es grundsätzlich Vorbehalte betreffend das Grundlagenpapier gebe. Dies ist nicht der Fall.



Der Vorsitzende erklärt, dass es sich bei dem Grundlagenpapier um ein politisches Papier handle, welches die Regierungsvertreter in Auftrag gegeben haben. Zur Frage eines möglichen Ausschlusses von teilbedingten Freiheitsstrafen für EM entsteht eine kontroverse Diskussion.

Es wird beschlossen, dass das Grundlagenpapier mit Bezug auf Punkt IV. (d), Teilbedingte Freiheitsstrafen (Art. 43 StGB) als Sicherheitsrisiko, so belassen wird.

### **BGer 6B\_1253/2015**

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass es sich bei EM zurzeit um eine kantonale Aufgabe in den 7 Versuchskantonen handle, welche jeder Versuchskanton selbst zu regeln habe. Für die schweizweite Einführung von EM müsse die Thematik jedoch aufgenommen und seriös geprüft werden. Nach Ansicht gewisser Sitzungsteilnehmer werde dieser Entscheid des Bundesgerichts bestimmte Konsequenzen für die Haftplätze haben.

Die Thematik der teilbedingten Freiheitsstrafen wird für die für 2018 auszuarbeitende Richtlinie aufgenommen.

Die nichtständigen Mitglieder der AKP zum Thema EM (Aargau und Basel-Land) werden für die AKP-Sitzung vom 06. Juni 2016 wieder eingeladen.

Pause: 10h00 bis 10h15

Während der Pause haben Gerhard Mann und Michael Hafner die Sitzung verlassen. Esther Burkhalter ist eingetroffen.

## **5. Baufonds**

### **Zukunft des Baufonds ab 2018**

Beim Baufonds handelt es sich um ein zentrales Traktandum der Konkordatskonferenz (KK) vom 22. April 2016. Esther Burkhalter ist Controllerin im Kanton Solothurn und Mitglied der AG Baufonds. Sie hat federführend in der AG mitgearbeitet und präsentiert deren Resultate.

Die AG Baufonds hat auf eine Empfehlung betreffend die Zukunft des Baufonds verzichtet.

Nach der Präsentation merkt der Vorsitzende noch an, dass, sobald ein Sektor einer Institution konkordatlich anerkannt werde, dieser auch Subventionen aus dem Baufonds erhalte. Die Kantone versuchten daher Institutionen zu konkordatisieren, um finanzielle Mittel für den Bau und Unterhalt vom Konkordat zu erhalten. Belässt man die konkordatliche Anerkennung mit dem Subventionsanspruch gekoppelt, wird dies in Zukunft zu einer Hemmung der Entwicklung der Haftplätze im Konkordat führen.

Auf die Frage, wann ein sofortiger Zulassungsstopp erfolgen würde, erklärt der Vorsitzende, dass dieser gemäss dem Antrag mit dem Beschluss an der KK erfolgen würde.

Die AKP empfiehlt einstimmig die Abschaffung des Baufonds.

**Erhebung 2016 der Kostensituation in den Konkordatsanstalten:** Auf Antrag der Arbeitsgruppe werden dieses Jahr zwei leicht unterschiedliche Kostengelderhebungen in den Konkordatsanstalten durchgeführt. Die Anwesenden sind mit diesem Vorgehen einverstanden. Die Ar-



beitsgruppe wird beide Umfragen auswerten und daraufhin der AKP Antrag stellen, welches Kostenerhebungsmodell zukünftig verwendet werden soll.

Der Vorsitzende orientiert, dass er RR Peter Gomm vorschlagen werde, dass Esther Burkhalter weiterhin für die AG Kostgeld mitarbeiten könne. Sie soll für die AKP künftig als Referenzperson für Fragen der Kostengelder dienen.

## **6. Konkordatskonferenz (KK) vom 22.04.2016**

### **A Geschäfte**

#### **A4. Risikoorientierter Sanktionenvollzug**

Thomas Fritschi als Leiter der AG ROS berichtet: Es werde der Konkordatskonferenz Antrag gestellt, wonach das Konkordat ROS ab 1. Januar 2018 einführen solle. Der Kanton Bern habe sich bereit erklärt, die AFA für unser Konkordat zu betreiben. Die Sitzungen mit dem Amt für JuV in Zürich seien konstruktiv verlaufen.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass ROS auch in der Ostschweizer-Konkordatssitzung vom 15. April.2016 ein Traktandum darstelle. Die Ostschweizer unterstützten die Idee der Einführung eines paritätischen bilateral konkordatlichen Gremiums für Fragen der Qualitätssicherung und der Weiterentwicklung von ROS.

Auf die Frage, ob auch auszuschaffende Eingewiesene unter den ROS-Prozess fallen sollten, wird festgehalten, dass eine konkordatliche Richtlinie dazu noch zu erarbeiten sei.

#### **A5. Konkordatliche Administrativhaftplätze**

Thomas Fritschi möchte den Antrag so formulieren, dass neben dem Berner Modell auch das konkordatliche Modell im Herbst vor der Konkordatskonferenz präsentiert wird. Diesem Antrag wird stattgegeben. Thomas Fritschi wird dem Sekretariat bis 11. April 2016 einen Vorschlag für einen geänderten Antrag vorlegen.

### **B-Geschäfte**

Die B-Geschäfte werden kurz aufgezählt und erläutert. Es werden keine Einwände oder Änderungsanträge dazu formuliert.

#### **B9. Terminvorschläge Konkordatskonferenzen 2017**

Es wird angeregt zu prüfen, ob die Konkordatskonferenzen nicht jeweils 14 Tage vor den Plenarversammlungen abzuhalten seien, um auf die politischen Prozesse der KKJPD besser Einfluss nehmen zu können wie dies in den beiden anderen Konkordaten der Fall ist.

## **7. Ernennungsverfahren für KoFako-Mitglieder**

In Anbetracht der bereits fortgeschrittenen Uhrzeit wird eine Priorisierung der zu behandelnden Traktanden vorgenommen: Dieses Geschäft wird auf die Sitzung vom 6. Juni 2016 verschoben. Geschäft 12 der Traktandenliste wird vorgezogen und an der heutigen Sitzung behandelt.



## **8. Inter-konkordatliche AG zum neuen Sanktionenrecht**

Sabine Uhlmann berichtet, dass von der FKE des Ostschweizer Konkordats aufgrund der bevorstehenden Änderung des Sanktionenrechts des StGB die Anfrage eingegangen sei, ob sich unsere FKE an einer gemeinsamen Ausarbeitung der neuen Richtlinien und Merkblätter beteiligen wolle.

Es stellt sich die Frage, ob sich unser Konkordat auf einen solchen gemeinsamen Arbeitsprozess einlassen will. Die AKP soll dazu Stellung beziehen und gegebenenfalls die Mitglieder aus unserem Konkordat bestimmen.

Es wird beschlossen, dass der Vorsitzende zusammen mit Deborah Schärer, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Sekretariats, und zwei Vertretern der FKE in der AG Einsitz nehmen sollen. Sabine Uhlmann wird dem Vorsitzenden die zwei Namen melden.

Wir schlagen dem OSK vor, dass wir die Leitung sowie das Sekretariat der AG übernehmen und im Gegenzug die bereits bestehenden Richtlinienentwürfe von Joe Keel als Grundlagendokumente für die Arbeiten verwenden werden. Sabine Uhlmann wird die Namen der zwei Personen bis in zwei Wochen dem Konkordatssekretariat melden. Der Vorsitzende wird dies so dem OSK mitteilen.

Stefan Weiss schlägt vor, dass sich die AKP einmal jährlich mit der Zentralstelle des OSK zu einem Gedankenaustausch treffen sollte. Dieser Vorschlag wird einhellig begrüsst. Das erste Treffen könnte am 05.12.2016 im Grosshof (LU) im Anschluss an die AKP-Sitzung stattfinden. Es soll ein Mittagessen mit anschliessendem Gedankenaustausch stattfinden. Der Vorsitzende wird dies der OSK Zentralstelle vorschlagen.

## **9. Schreiben der NKVF vom 10.12.2015**

Nach kurzer Diskussion wird beschlossen, dass der Präsident der KLJV NWI-CH den Brief im Namen dieser Konferenz unterschreiben und versenden wird. Der Vorsitzende regt an, das Präsidium der NKVF zu einer der nächsten Plenarversammlungen der KLJV NWI-CH einzuladen.

## **10. Standards BWH**

Die von der Konkordatskonferenz am 20.11.2016 verabschiedeten Standards für die BWH sehen vor, dass eine Erhebung der Ist-Situation durchzuführen ist und Abweichungen transparent gemacht werden sollen. Beatrice Würsch informiert, dass die Resultate der Erhebungen nun vorliegen. Die Resultate eines Kantons stünden noch aus. Der Auftrag könne als erledigt betrachtet werden. Beatrice Würsch fragt, ob dies an die KK zurückgemeldet werden müsse.

Es wird beschlossen, dass Beatrice Würsch in der AKP-Sitzung vom 6. Juni 2016 die Resultate präsentieren wird und sodann über das weitere Vorgehen befunden wird.

## **11. Verschiedenes**



Die Traktanden, welche an der heutigen Sitzung nicht behandelt werden konnten, werden für die AKP-Sitzung vom 6. Juni 2016 traktandiert.

### **Künftige Sitzungsdauer**

Sabine Uhlmann fragt, ob in Zukunft nicht mehr Zeit für die AKP-Sitzungen eingerechnet werden sollte. Es werden keine Einwände erhoben. Die nächste Sitzung findet am Montag, 6. Juni 2016 in Bern im Haus der Kantone statt, von 13h15 bis 17h45.

Der Vorsitzende dankt allen Anwesenden und beendet die heutige Sitzung.

Sitzungsende: 11h43

Die Protokollführerin:

*sig. Lea Truttmann*

Lea Truttmann

10.04.2016



### Übersicht Aufträge/Pendenzen

Beauftragte/r:	Gegenstand:	Frist:
alle FK und KJLV	Mitteilung an den Vorsitzenden betreffend geschützter Mitgliederbereich auf <a href="http://www.konkordate.ch">www.konkordate.ch</a>	spätestens bis. 06.06.16
Alle KLJV	Problematik der Krankenversicherung der Eingewiesene anlässlich der Herbsttagung vom 02.11.16 thematisieren	Spätestens bis 05.12.16
Alle KLJV	BEWA Thematik anlässlich der Herbsttagung vom 02.11.16 thematisieren	Spätestens bis 05.12.16
Thomas Freytag	Korrespondenz im Zusammenhang mit der Planung von Versorgungsketten an Benjamin Brägger weiterleiten	laufend
Sabine Uhlmann	Bekanntgabe der beiden Mitglieder FKE, welche in die interkantonale AG zum neuen Sanktionenrecht Einsitz nehmen	22.04.16
Dominik Lehner	Vorschlag Ernennungsverfahren für KoFako-Mitglieder ausarbeiten bzw. überarbeiten	spätestens 06.06.16
Deborah Schärer	Revision der konkordatlichen Richtlinien (Bericht und Antrag)	01.01.2017
Deborah Schärer	Entwurf eines Konzepts für eine terminologische Datenbank des Konkordats	01.01.2017

14.04.2016/Bfb